

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Adolf Kessel und Hans-Josef Bracht (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

### Zusatzbelastungen für die Jobcenter in Rheinland-Pfalz durch neue Vorgaben zur Optimierung der Kassensicherheit

Die **Kleine Anfrage 3338** vom 30. April 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ende März 2015 hat sich die LAG Personal der Geschäftsführungen der rheinland-pfälzischen Jobcenter an Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler gewandt und auf Zusatzbelastungen durch neue Vorgaben zur Optimierung der Kassensicherheit hingewiesen. Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler wurde gebeten, darauf hinzuwirken, dass eine zeitnahe Kompensation des Mehraufwands durch zusätzliche Planstellen und die hierfür benötigten Haushaltsmittel im Verwaltungsbudget erfolgt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die im Schreiben der LAG Personal der Geschäftsführungen der rheinland-pfälzischen Jobcenter aufgeworfene Problematik zusätzlichen Personalaufwands zur Optimierung der Kassensicherheit entsprechend der neuen Geschäftsanweisung für die Jobcenter?
2. Trifft nach Einschätzung der Landesregierung der Befund zu, dass den Jobcentern in Rheinland-Pfalz in diesem Zusammenhang bisher weder eine nachvollziehbare Ermittlung des Ressourcenbedarfs noch entsprechende Finanz- und Personalkapazitäten zur Verfügung stehen?
3. Hält die Landesregierung eine Forderung sowohl einer angemessenen Finanzausstattung als auch eines hinreichenden Personalbestands für die Jobcenter in Rheinland-Pfalz für berechtigt?
4. Was hat die Landesregierung im Sinne der an sie herangetragenen Forderung der LAG Personal der Geschäftsführungen der rheinland-pfälzischen Jobcenter dafür unternommen, dass eine zeitnahe Kompensation des Mehraufwands durch zusätzliche Planstellen und die hierfür benötigten Haushaltsmittel im Verwaltungsbudget erfolgt?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Mai 2015 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Landesregierung stimmt mit dem Schreiben der LAG Personal der Geschäftsführungen der rheinland-pfälzischen Jobcenter zum erhöhten Personalaufwand auf Grund der in der Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit vom 22. Dezember 2014 getroffenen Regelungen (4-Augen-Prinzip) zur Herstellung der Kassensicherheit überein.

Ein Personalmehrbedarf zur Umsetzung des 4-Augen-Prinzips wurde von der Bundesagentur für Arbeit nach Auskunft der Bundesregierung im Ausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags mit 380 bis 580 zusätzlichen Jahreskräften berechnet.

Zu 2.:

Eine nachvollziehbare Ermittlung für den Personalmehrbedarf liegt nach Kenntnis der Landesregierung bislang nicht vor. Die Bundesregierung hat insgesamt 400 Ermächtigungen für befristete Beschäftigungen für die Jobcenter ausgegeben. Davon sollten auf den Bezirk der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland 21 Ermächtigungen entfallen. Nach Kenntnis der Landesregierung wurden bislang zwei Stellen zu 0,5 Vollzeitäquivalenten in Anspruch genommen.

b. w.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Bedarf der Inanspruchnahme nicht bestünde. Vielmehr ist die Finanzierung dieses personellen Mehrbedarfs durch die Jobcenter problematisch. Diese zusätzlichen Stellen müssen aus dem Verwaltungskostenbudget der Jobcenter finanziert werden. Das Verwaltungskostenbudget ist aber schon seit Jahren nicht ausreichend ausgestattet und macht daher hohe Umschichtungen aus dem deckungsfähigen Eingliederungstitel in den Verwaltungskostentitel erforderlich. Dies hat zur Folge, dass sich die Möglichkeiten der Finanzierung von Maßnahmen zur Eingliederung der leistungsbeziehenden Menschen reduzieren, je mehr Mittel umgeschichtet werden. Daher verzichten nahezu alle Jobcenter zugunsten der hilfebedürftigen Menschen auf die Einstellung zusätzlichen befristeten Personals.

Zu 3.:

Die Landesregierung hält die Forderung der Jobcenter auf eine angemessene Finanzausstattung insgesamt sowie eine hinreichende Personalausstattung für berechtigt. Die finanzielle Ausstattung der Jobcenter, sowohl hinsichtlich der Mittel zur Eingliederung von arbeitslosen Menschen, als auch für die Verwaltungskosten, wird seit Jahren von der Landesregierung kritisiert.

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat bereits im Jahr 2013 einstimmig beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, das Verwaltungskostenbudget der Jobcenter auskömmlich auszustatten.

Dieser Aufforderung ist die Bundesregierung bisher nicht nachgekommen. Die Landesregierung wird deshalb auch zukünftig die Jobcenter diesbezüglich unterstützen und weiterhin die Forderung nach einem auskömmlichem Eingliederungs- und Verwaltungskostenbudget aufrechterhalten.

Zu 4.:

Die Landesregierung thematisiert die Problematik in allen zuständigen Gremien auf Bund-Länder-Ebene.

So wird die Thematik zum einen politisch transportiert und die auskömmliche Finanzierung auf Bundesebene gefordert, zum anderen werden die Forderungen auf Fachebene in den Gremien des Bund-Länder-Ausschusses SGB II sowie im Kooperationsausschuss SGB II des Landes mit dem Bund regelmäßig eingebracht.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Staatsministerin